

Für eine soziale Stadt in die Offensive kommen: Mieten runter, Löhne rauf!

Mieten- und Wohnungspolitik ist in den letzten Jahren in Berlin zu einem zentralen Feld der politischen Auseinandersetzung geworden. In Neukölln ist der Druck der Mieten enorm. Einerseits sind Neuköllnerinnen und Neuköllner besonders stark von Erwerbslosigkeit, Prekarisierung und Niedriglöhnen betroffen und andererseits sind laut einer neuen Studie die Mieten in Neukölln in den letzten fünf Jahren um 54,5 Prozent (8,21 Euro je Quadratmeter bei Neuabschlüssen) am stärksten gestiegen. Die Mietentwicklung ist eine der drängendsten sozialen Fragen der Stadt, gerade in Neukölln.

In Berlin regt sich Widerstand gegen den Ausverkauf der Stadt, gegen soziale Verdrängung und steigende Mieten. Derzeit wird ein Volksbegehren zum Thema Mieten vorbereitet, das noch im Frühjahr diesen Jahres starten wird. Der Gesetzestext des Volksentscheides zielt darauf ab, durch eine soziale und demokratische Umgestaltung der Wohnungsbaugesellschaften, durch Rekommunalisierung und durch eine umfassende Korrektur der Wohnraumförderung zu einem mietenpolitischen Richtungswechsel zu kommen. Der Volksentscheid soll dabei Teil einer umfassenden Kampagne für eine soziale Stadt werden.

1. DIE LINKE. Neukölln bringt sich bereits in der ersten Stufe des Volksbegehrens aktiv ein, die voraussichtlich Ende März starten wird. Die von den Initiatoren geplante Gründung von lokalen Aktionsgruppen wird von den Basisorganisationen aktiv unterstützt und mit vorangetrieben.
2. Der Bezirksvorstand produziert zum gegebenen Zeitpunkt eigenes Material, das linke und antikapitalistische Argumente für die Kampagne liefert. Bezirksweit oder in den Basisorganisationen werden Veranstaltungen angeboten, die Gelegenheit bieten sich mit dem Gesetzestext und den Kampagneninhalten auseinandersetzen.
3. Insbesondere wollen wir als LINKE die Menschen für die Kampagne ansprechen, die von Erwerbslosigkeit, Prekarisierung und Niedriglöhnen betroffen sind. Dabei ist die Kampagne der Bundespartei „Das muss drin sein“ und eine erhöhte Präsenz vor dem Jobcenter hilfreich.